Gesetz über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+

Vorlage des Regierungsrats vom 20. Februar 2018	Änderungsanträge der CVP-Fraktion vom 20. April 2018	Begründung
Verordnung über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich		
Art. 8 Evaluation ¹ Der Regierungsrat beobachtet und analysiert die Entwicklung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich und erstattet darüber dem Kantonsrat und den Gemeinden alle fünf Jahre Bericht und Antrag auf allfällige Massnahmen.	¹ Der Regierungsrat beobachtet und analysiert die Entwicklung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich und erstattet darüber dem Kantonsrat und den Gemeinden alle fünf <u>drei</u> Jahre Bericht und Antrag auf allfällige Massnahmen.	Den Gemeinden ist es ein Anliegen, bereits nach drei Jahren die entsprechenden Daten zu erhalten, um daraus allfällige Schlüsse ziehen zu können.
	5. Der Erlass GDB 610.1 (Finanzhaushaltsgesetz vom 11. März 2010) (Stand 1. Juli 2015) wird wie folgt geändert:	
Art. 34 Schuldenbegrenzung ¹ Die Zunahme des Fremdkapitals aus der Investitionstätigkeit ist zu begrenzen. ² Das vom Kantonsrat bzw. von der Gemeindeversammlung genehmigte Budget darf beim Kanton höchstens ein Defizit der Erfolgsrechnung von drei Prozent bzw. bei der Gemeinde von zehn Prozent der budgetierten Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen aufweisen.	² Das vom Kantonsrat bzw. von der Gemeindeversammlung genehmigte Budget darf beim Kanton höchstens ein Defizit der Erfolgsrechnung von drei Prozent bzw. bei der Gemeinde von zehn Prozent der budgetierten Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen aufweisen.	Der Regierungsrat schlägt als ausserordentliche Massnahme eine Einmalabschreibung vor, die allerdings nicht Gegenstand der Erläuterungen vom 12. Dezember 2017 war, sondern aufgrund der Anhörungsantworten nachträglich ergänzt wurden.

Vorlage des Regierungsrats vom 20. Februar 2018	Änderungsanträge der CVP-Fraktion vom 20. April 2018	Begründung
<p>³ Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionsrechnung hat bei den Gemeinden über die Zeitdauer von zehn Jahren mindestens 100 Prozent zu betragen. Es werden die letzten fünf Rechnungsabschlüsse, zwei Budgets sowie drei Finanzplanjahre gerechnet. Beim Kanton hat der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen im Budget mindestens 80 Prozent zu betragen, wenn der Nettoverschuldungsquotient (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen bezogen auf den Fiskalertrag) mehr als 100 Prozent beträgt.</p> <p>⁴ Vorbehalten bleiben Abweichungen aufgrund:</p> <p>a. grösserer ausserordentlicher Ereignisse;</p> <p>b. grösserer strategischer Investitionen, sofern der Nettoverschuldungsquotient des Durchschnitts der letzten zwei abgeschlossenen Rechnungsjahre unter 100 Prozent liegt. Der Nettoverschuldungsquotient darf mit der strategischen Investition nicht über 130 Prozent ansteigen;</p> <p>c. Spezialfinanzierungen gemäss Art. 49 dieses Gesetzes.</p>		<p>Man ist sich einig, dass durch diese vorgezogene Abschreibung kein einziger Franken mehr eingenommen bzw. weniger ausgegeben wird. Die Botschaft vom 20. Februar 2018 weist auf S. 34 darum klar aus, dass dies keine eigentliche Sparmassnahme ist. Der Effekt der Abschreibung ist eine einmalige, massive Verschlechterung der Rechnung 2018 (rund minus 80 Mio. Franken), gefolgt von einer kurzfristigen buchhalterischen Verbesserung der folgenden Jahre (ca. 6 Mio. Franken jährlich). Somit liefern die Jahresabschlüsse ab 2019 nicht mehr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild.</p> <p>Der einzig positive Effekt ist, dass damit die Bestimmung von Art. 34 Abs. 2 FHG eingehalten werden kann, wonach das Budgetdefizit höchstens drei Prozent der budgetierten Steuereinnahmen betragen darf. Es gilt ausserdem zu bemerken, dass für die Gemeinden seit Inkrafttreten des Finanzhaushaltsgesetzes eine Grenze von zehn Prozent gilt.</p> <p>Werden in Art. 34 Abs. 2 FHG die zehn Prozent der Gemeinden künftig auch auf den Kanton angewendet, erhöht sich dadurch der Handlungsspielraum des Kantons in einem ähnlichen Masse (rund 6 Millionen Franken). Auf die Einmalabschreibung, welche inhaltlich fragwürdig und politisch schwierig zu kommunizieren ist, kann deshalb verzichtet werden. Gleichzeitig gelten damit für den Kanton und die Gemeinden in dieser Beziehung die gleichen Regeln.</p>
<p>Art. 103b Übergangsbestimmung zum Nachtrag vom ...</p> <p>¹ Der Kanton hat in der Erfolgsrechnung 2018 zusätzliche Abschreibungen zu tätigen. Diese umfassen bis auf mit zweckgebundenen Staatssteuern finanzierten Spezialfinanzierungen alle nach Art. 55 dieses Gesetzes unterstehenden abzuschreibenden Anlagen.</p>	<p>Art. 103b <i>Gelöscht.</i></p>	
	<p>6. Der Erlass GDB 641.4 (Steuergesetz vom 30. Oktober 1994) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:</p>	
<p>Art. 55 Steuersatz</p>		

Vorlage des Regierungsrats vom 20. Februar 2018	Änderungsanträge der CVP-Fraktion vom 20. April 2018	Begründung
<p>¹ Die einfache Steuer vom steuerbaren Vermögen für ein Steuerjahr beträgt 0,21 Promille.</p> <p>² Restbeträge unter Fr. 1 000.– werden nicht berücksichtigt.</p>	<p>¹ Die einfache Steuer vom steuerbaren Vermögen für ein Steuerjahr beträgt 0,24<u>22</u> Promille.</p>	<p>Diese Massnahme bringt einen zusätzlichen Ertrag von rund 765'000 Franken und ist aus Sicht der CVP-Fraktion verkraftbar.</p>